

presse

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
AG Bildung und Forschung

600.000 Ausbildungsplätze müssen Zielmarke bleiben – Schavan muss Scholz unterstützen

*Anlässlich der bevorstehenden Sitzung der Partner des Ausbildungspaktes zur Lage am Ausbildungsmarkt erklären die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Christel Humme** und der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Ernst-Dieter Rossmann**:*

Die Finanzkrise darf nicht zu Ausbildungskrise werden. Wirtschaft und Politik müssen alles dafür tun, um die Jugendlichen auch in der Krise gut auszubilden. Bei der morgigen Sitzung des Lenkungsausschusses des Ausbildungspaktes müssen verbindliche Ziele und Maßnahmen vereinbart werden, um den Ausbildungsmarkt krisenfest zu machen. Die SPD-Bundestagsfraktion erwartet, dass die Partner des Ausbildungspaktes Bundesminister Scholz in dem Ziel unterstützen, in diesem Jahr wieder mindestens 600.000 Ausbildungsverträge zu erreichen. Auch Bundesministerin Schavan muss sich für dieses Ziel einsetzen.

Ein Aussitzen der Krise zu Lasten der jungen Menschen darf es nicht geben. Deswegen wäre es gerade in der Konjunkturkrise unverantwortlich, die Lage am Ausbildungsmarkt schöner zu reden als sie ist. Wer behauptet, es gebe nicht zu wenig Ausbildungsplätze, sondern zu wenige Bewerberinnen und Bewerber, der verhöhnt tausende junge Menschen, die Jahr für Jahr keinen Ausbildungsplatz finden und in sinnlosen Warteschleifen landen. Deswegen hat Bundesausbildungsminister Olaf Scholz die anderen Paktpartner völlig zurecht darauf hingewiesen, dass die demografiebedingt rückläufigen Bewerberzahlen kein Grund sein dürfen, die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze in gleichem Maße zu reduzieren. Die Demografie kann keinen Kriseneinbruch beim Ausbildungsangebot abfedern, ohne dass die jungen Menschen am Ende die Verlierer sind.

Deswegen hat die SPD die Öffnung beim Ausbildungsbonus für Auszubildende durchgesetzt, die ihren Ausbildungsplatz durch die Insolvenz ihres Betriebes verlieren. Der Bundestag wird morgen beschließen, dass Betriebe den Bonus erhalten können, wenn sie solchen Jugendlichen die Fortsetzung ihrer Ausbildung ermöglichen und zwar unabhängig davon, ob in diesen Fällen der Ausbildungsplatz zusätzlich eingerichtet wird und der Auszubildende nur schwer vermittelbar ist. Damit leistet die Politik einen weiteren wichtigen Beitrag, um Ausbildungschancen von negativen Folgen der Krise abzusichern.

Die SPD-Bundestagsfraktion erwartet aber, dass alle Beteiligten ihre Verantwortung entschlossen wahrnehmen. Die Wirtschaft muss vorausschauende Personalpolitik betreiben. Kein Jugendlicher darf zurückbleiben. Ein Aussitzen der Krise darf es nicht geben.